



Kinder nicht als Quotentreiber einsetzen

Die Quoten der RTL-Sendung „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS) mit dem pöbelnden Juror Dieter Bohlen sind kontinuierlich gesunken. Doch ein Grund zur Freude ist das nicht: RTL ist nun auf die Idee gekommen das Format als „DSDS Kids“ mit der Zielgruppe vier- bis vierzehn-jährige Kinder neu zu beleben. Das Grauen mag einen packen bei der Vorstellung, dass Kinder in dieser Castingshow um die Gunst einer Jury konkurrieren sollen, deren Vorsitzender Jugendliche auch schon mal mit Äußerungen beleidigt wie: „Also der Werbevertrag bei Clearasil ist Dir jedenfalls sicher.“

Kinder gehören nicht in solche Sendungen. Kinder sollen spielen, miteinander die Welt kennenlernen, in einer nicht von Konkurrenz und Erwachsenenlogik geprägten Atmosphäre groß werden. Eine Castingshow aber ist das Gegenteil: Hier heißt es gegeneinander antreten, ein harter Konkurrenzkampf, beurteilt und bewertet von Erwachsenen, kraft ihrer von RTL verliehenen Expertenmeinung.

Leider ist nicht damit zu rechnen, dass die Sendung mangels Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausfallen wird. Das Format bietet nämlich insbesondere Eltern, die ihre Kinder schon als nächsten Superstar sehen, eine Gelegenheit, die Kleinen auf eine Bühne zu stellen, die für sie viel zu groß ist. Und so mancher Elternteil wird eben nicht der Versuchung widerstehen können, seinen Nachwuchs im TV zu sehen. Auch auf die Gefahr hin, dass die Kinder Schaden nehmen.

Es ist zu hoffen, dass die Medienaufsicht hier ganz genau hinschaut. Denn es bleibt dabei: Kinder dürfen nicht als Quotentreiber eingesetzt werden.

Michael Sommer

Themen:

Leistungsschutzrecht	2
CDU will Reform für Jugendmedienschutz	3
SPD: Koalitionsstreit behindert Petitionsrecht	3
Rangliste der Pressefreiheit	4
Feinde des Internets	5
ARD-Hörfunk vorn in der Hörergunst	7
Piel wehrt sich gegen Vorwürfe	8
Kulturradio: Radioretter gegen Reform	8
Bellut will Modernisierung	9
SPD/Grüne zum Presse-Grosso	10
Medienlinks	11
Lesetipp	12
Veranstaltungen	13
Impressum	14



Leistungsschutzrecht für Presseverlage

Der Koalitionsausschuss hat Anfang März eine erste Einigung in Sachen Leistungsschutzrecht getroffen. Bereits im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass Verlage im Online-Bereich nicht schlechter gestellt sein sollen als andere Werkvermittler. Der Ausschuss teilte nun mit, deshalb sollten Hersteller von Presseerzeugnissen ein eigenes Leistungsschutzrecht für die redaktionell-technische Festlegung journalistischer Beiträge oder kleiner Teile hiervon erhalten. Weiter heißt es: „Gewerbliche Anbieter im Netz, wie Suchmaschinenbetreiber und News-Aggregatoren, sollen künftig für die Verbreitung von Presseerzeugnissen (wie Zeitungsartikel) im Internet ein Entgelt an die Verlage zahlen. Damit werden die Presseverlage an den Gewinnen gewerblicher Internet-Dienste beteiligt, die diese – mit der bisher unentgeltlichen – Nutzung der Verlagserzeugnisse erzielen. Auch die Urheber sollen eine angemessene finanzielle Beteiligung an der Verwertung des Leistungsschutzrechts erhalten. Einzug und Verteilung der Entgelte soll über eine Verwertungsgesellschaft erfolgen. Die Schutzdauer soll ein Jahr betragen.“ Die private Nutzung von Presseerzeugnissen im Internet werde nicht vergütungspflichtig, normale User werden also nicht betroffen sein. In der gewerblichen Wirtschaft bleibe das Lesen am Bildschirm, das Speichern und der Ausdruck von Presseerzeugnissen kostenfrei.

Die Presseverlage begrüßten das Vorhaben: Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) betonten, im digitalen Zeitalter sei ein solches Recht unverzichtbar, um die gemeinsame Leistung von Journalisten und Verlegern wirksam schützen zu können. Das Leistungsschutzrecht sei keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für den Erhalt einer freien und staatsunabhängig finanzierten privaten Presse im digitalen Zeitalter.

Der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) Michael Konken erklärte dazu: „Wenn Suchmaschinen künftig für die Nutzung von journalistischen Werken der Zeitungsverlage bezahlen sollen, müssen die Urheber angemessen am Aufkommen beteiligt werden.“ Er begrüßte, dass sich der Koalitionsausschuss auf die Verteilung der Erlöse durch eine Verwertungsgesellschaft festgelegt habe: „Das Verteilungsverfahren muss gerecht, transparent und nachvollziehbar sein.“

CDU-Medienpolitik: Jugendmedienschutz reformieren

Der Medienpolitische Expertenkreis der CDU spricht sich für eine Novelle des bisherigen Jugendmedienschutz-Staatsvertrages aus. Mit umfangreichen Vorschlägen wollen die CDU-Medienpolitiker „den Jugendschutz im Internet weiterentwickeln und den Gegebenheiten des web 2.0 anpassen“, heißt es in einer Mitteilung der Partei von Anfang März. „Der Schutz von Kindern und Jugendlichen und der Schutz der Menschenwürde sind Rechtsgüter mit Verfassungsrang. Eltern und Staat haben hier eine besondere Verantwortung - auch im Internet“, erklärte der Vorsitzende des Expertenkreises, Franz Josef Jung. Die CDU-Medienpolitiker fordern in einem Positionspapier unter anderem eine neue Kennzeichnung für Blogs und andere Webangebote mit nutzergenerierten Inhalten; neben der bisher vorgesehenen Alterskennzeichnung von 6, 12, 16 und 18 Jahren soll es auch die Kennzeichnung „B“ für Blogs geben, um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Blogger wären dann künftig nicht gezwungen, ihre Blogs generell mit der Alterskennzeichnung 18 zu bewerten, um Abmahnungen zu verhindern. Ferner setzt sich der Expertenkreis dafür ein, dass Jugendschutzprogramme nicht nur für das Betriebssystem Windows und damit allein auf PCs und Laptops verfügbar sein sollen, sondern auch auf den zunehmend von Jugendlichen genutzten Smartphones und Tablets. In einem neuen Staatsvertrag sollte außerdem auf die Möglichkeit von Sperrverfügungen verzichtet werden. Sie sind in den letzten zehn Jahren nicht zum Einsatz gekommen, da das Verfahren zu aufwendig und die technische Wirksamkeit zu gering ist. „Angesichts der Komplexität des Internets ist ein Leitbild unrealistisch, bei dem der Eindruck eines hundertprozentigen Schutzes von Kindern und Jugendlichen erzeugt wird. Aber wir können es schaffen, sie vor dem unbeabsichtigten Kontakt mit ungeeigneten Inhalten zu schützen“, so Franz Josef Jung.

Positionspapier unter:

<http://tinyurl.com/82w6459>

SPD: Koalitionsstreit beschneidet Petitionsrecht

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Regierungskoalitionen aufgefordert, der öffentlichen Beratung der Petition zu Vorratsdatenspeicherung schnellstmöglich zuzustimmen. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen in der Diskussion über die Vorratsdatenspeicherung angehört werden. Das Petitionsrecht gibt dafür die Möglichkeit und einen geeigneten Rahmen. Es darf nicht durch einen Streit in der Bundesregierung beschnitten werden“, erklärte der Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Hagemann Ende März. Die schwarz-gelbe Koalition weigere sich zum dritten Mal, Petitionen gegen die Vorratsdatenspeicherung in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses zu beraten. Dem Ausschuss liegen mehrere Hundert Petitionen vor, die sich gegen die Vorratsdatenspeicherung wenden. Eine öffentliche Petition hat bereits im

September 2011 das für die öffentliche Beratung notwendige Quorum von 50.000 Mitzeichnungen erreicht. Seitdem warten die Unterstützerinnen und Unterstützer auf eine Einladung vom Petitionsausschuss. Am 7. Mai werde die dritte öffentliche Beratung stattfinden - und wieder seien die Vorratsdatenspeicherung-Petitionen nicht dabei. Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion und der Oppositionsfraktionen, die Petitionen auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung zu setzen, sei von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt worden. „Die schwarz-gelbe Regierung kann sich zum Thema der Vorratsdatenspeicherung nicht einigen. Mehr als 65.000 Menschen wünschen sich eine öffentliche Diskussion zu dem Thema im Petitionsausschuss. Die schwarz-gelben Fraktionen lassen eine solche Diskussion nur aus taktischen Gründen nicht zu - um die zerstrittene Regierung zu schützen“, so Hagemann.



Rangliste der Pressefreiheit 2011

Wie eng Demokratie und Medienfreiheit zusammenhängen, zeigt die Rangliste der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen (ROG) in diesem Jahr zum 10. Mal herausgegeben hat. Sie spiegelt die turbulenten Ereignisse des vergangenen Jahres wider, die die Innenpolitik einzelner Staaten vor allem in der arabischen Welt gravierend veränderten. An der Spitze der Rangliste stehen nach wie vor europäische Länder, wie Finnland, Norwegen und die Niederlande. Sie zeigen einmal mehr, dass Demokratie unabhängige Medien braucht. Unter die ersten drei ist in diesem Jahr Estland aufgestiegen (2010: Platz 9). Mit Namibia und den Kapverden sind erstmals zwei afrikanische Länder unter den ersten 20. Die größte Verbesserung innerhalb der Rangliste erreichte Niger, wo sich die innenpolitische Lage nach den Wahlen im Januar stabilisierte. Das Land stieg um 75 Positionen auf Platz 29.

Die Schlusslichter der Rangliste bilden Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan. Ihnen folgen mit Syrien, Iran und China Länder, in denen die Regime nicht nur gegen Journalistinnen und Journalisten mit brutaler Gewalt vorgehen. Zu den repressivsten Staaten gehörten 2011 auch Bahrein (gefallen von Platz 144 auf 173) und Vietnam (gefallen von Platz 165 auf 172). Deutlich verschlechtert hat sich die Situation zudem in Belarus (Platz 168, 2010: 154) und in vielen afrikanischen Staaten, darunter Dschibuti, Malawi und Uganda.

Die gesamte Liste unter:
<http://tinyurl.com/cesvhoc>

In vielen Ländern wurden 2011 deutlich mehr Journalisten verhaftet, entführt oder geschlagen als in den vergangenen Jahren, teilt ROG mit. Für totalitäre Regime sei die Kontrolle der Medien zur Überlebensfrage geworden. Ein Schwerpunkt der Gewalt waren die Straßenkämpfe in den arabischen Ländern. Immer stärker rückten dort auch Blogger und Bürgerjournalisten ins Visier der Behörden. Zu welchen unterschiedlichen Ergebnissen die arabischen Aufstände geführt haben, zeigen exemplarisch Tunesien und Bahrain, die auf der Rangliste weit voneinander entfernt stehen. Tunesien, wo im Januar Diktator Ben Ali gestürzt wurde, verbesserte sich um 30 Positionen auf Platz 134, obwohl auch das neue Regime eine unabhängige Presse nicht bedingungslos akzeptiert. Bahrain dagegen, wo friedliche Proteste brutal niedergeschlagen und zahlreiche Menschenrechtler verhaftet wurden, fiel um 29 Positionen auf Platz 173. Während Libyen (Platz 154) sich von Muammar al-Gaddafi befreite, erlag Jemen (Platz 171) der Gewalt zwischen Anhängern und Gegnern von Präsident Ali Saleh. Das Gleiche gilt für Ägypten, das um 39 Positionen auf Platz 166 fiel. Der dort seit Februar regierende Militärrat verschärfte die bestehenden Notstandsgesetze, im Dezember gingen Sicherheitskräfte mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Journalisten vor. Syrien, wo Zensur, Überwachung und willkürliche Gewalt die Arbeit von Journalisten nahezu unmöglich machen, fiel auf Platz 176.

ROG: Feinde des Internets

Zum Welttag gegen Internetzensur am 12. März hat Reporter ohne Grenzen (ROG) den aktuellen Bericht über die „Feinde des Internets“ veröffentlicht. Er beschreibt Staaten mit massiver Online-Überwachung und dokumentiert deren Kontroll- und Zensurmaßnahmen. ROG zählt zwölf Länder zu den Feinden des Internets, 14 weitere stehen „unter Beobachtung“. Vor allem die Umbrüche in den arabischen Ländern haben gezeigt, wie wichtig das Internet im Kampf gegen autoritäre Regime ist, so ROG. Kritische Blogger mobilisierten über soziale Netzwerke zum Widerstand, Bürgerjournalisten füllten Lücken der Berichterstattung, wo konventionelle Medien zensiert und ausländische Reporter nicht zugelassen wurden. Viele Regierungen reagierten darauf mit verschärfter Online-Überwachung und versuchten, kritische Journalisten und Internetnutzer zum Schweigen zu bringen. Rund 120 Blogger und Online-Aktivisten sind derzeit weltweit in Haft, vor allem in China, Iran und Vietnam. Folgende zwölf Staaten zählt Reporter ohne Grenzen zu den Feinden des Internets: Bahrain, Belarus, Birma, China, Kuba, Iran, Nordkorea, Saudi Arabien, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan und Vietnam. Online-Inhalte werden in diesen Ländern stark gefiltert, kritische Blogger und Online-Journalisten ausfindig gemacht und unter Druck gesetzt. Die Liste der „Feinde des Internets“ ist im Vergleich zum Vorjahr

Mehr Infos unter:
<http://bit.ly/zMYuf2>

weitgehend gleich geblieben. Neu hinzugekommen sind Bahrein und Belarus. Dort hat sich die Lage stark verschlechtert.

Vor allem Iran und China haben die Internet-Überwachung im vergangenen Jahr deutlich verstärkt. In China übt das Regime massiven Druck auf private Internetfirmen aus, damit diese sie bei der Zensur unterstützen, so der Bericht. Iran habe ein eigenes „nationales Internet“ angekündigt. Sowohl im Iran als auch in Vietnam wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Online-Aktivisten festgenommen. Im Iran sitzen derzeit 20, in Vietnam 18 von ihnen im Gefängnis. Der Iran unterstützt auch das Regime in Syrien, das Berichte über die Niederschlagung der Opposition unterdrückt, bei der Kontrolle des Internets. In Turkmenistan hat die Staatsspitze den Informationskrieg 2.0 vorerst gewonnen. Nordkorea hingegen kämpft damit, dass immer wieder Kommunikationstechnik über die chinesische Grenze geschmuggelt wird. In Kuba tragen Regierungsanhänger und Oppositionelle ihre Auseinandersetzungen vor allem im Internet aus. Saudi Arabien setzt derweil seine rigorose Online-Zensur fort. In Usbekistan setzten die Behörden alles daran, Diskussionen über die arabischen Revolutionen auf den Seiten des usbekischen Internetproviders „Uznet“ zu unterbinden. Bahrein wurde im vergangenen Jahr nahezu vollständig von der internationalen Berichterstattung abgeschnitten: Ausländische Journalisten kamen nicht ins Land, Blogger wurden verhaftet. Auch in Belarus hat Präsident Alexander Lukaschenko die Onlineüberwachung verstärkt, während sich das Land immer weiter politisch isoliert. Es gebe allerdings auch Zeichen der Hoffnung: In Birma hat das Militär Journalisten und Blogger freigelassen und gesperrte Webseiten freigegeben. Gesetze zur Internet-Überwachung sind jedoch nach wie vor in Kraft und die technischen Möglichkeiten zur Kontrolle weiterhin gegeben. ROG werde beobachten, ob Birma die begonnenen Reformen fortsetzt. Dies könne dazu führen, dass das Land bald nicht mehr zu den „Feinden des Internets“ gehöre.

Vierzehn Staaten stellt ROG im aktuellen Bericht „unter Beobachtung“. Dazu gehören Australien, Ägypten, Eritrea, Frankreich, Indien, Kasachstan, Malaysia, Russland, Südkorea, Sri Lanka, Thailand, Tunesien, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Neu hinzugekommen sind in diesem Jahr Indien und Kasachstan. In Indien hat die Regierung die Onlineüberwachung seit den Bombenanschlägen in Mumbai 2008 verschärft. Das kasachische Regime überwacht das Internet seit gewalttätigen Zusammenstößen bei Ölarbeiterstreiks im Südwesten des Landes besonders stark. Venezuela und Libyen hingegen stehen nicht länger auf der Liste der „Länder unter Beobachtung“. In Libyen ging mit dem Sturz Muammar al-Gaddafis eine Ära der Zensur zu Ende. Ein Gesetz von 2011 in Venezuela, das eine Gefahr für Internetfreiheit darstellen könnte, hat in der Praxis bisher kaum negative Folgen gehabt. Der Zugang zum Internet ist weitgehend frei. Thailand läuft Gefahr, bald zu den „Feinden des Internets“ zu

gehören, sollte es weiterhin massiv Online-Inhalte filtern und Netzaktivisten wegen Beleidigung der Obrigkeit verhaften. Auch in Ländern, die dieser Bericht nicht erwähnt, sei das Internet oft nicht vollständig frei, würden kritische Nutzer verfolgt und Online-Inhalte kontrolliert, so der Bericht. ROG beobachtet insbesondere die Situation in Aserbaidschan, Marokko, Pakistan und Tadschikistan sehr genau.



ARD-Hörfunk weiterhin vorn in der Hörergunst

Die Programmangebote der ARD werden quer durch alle Altersklassen intensiv genutzt. Das ist ein Ergebnis der heute in Frankfurt am Main veröffentlichten Media Analyse 2012 Radio I. Die Leitstudie für den deutschen Radiomarkt wird halbjährlich durchgeführt. Jeden Werktag hören durchschnittlich 52,1 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung ab zehn Jahren mindestens eines der öffentlich-rechtlichen Radioprogramme. Das entspricht 38,28 Millionen Menschen. Insgesamt wurden die Umfrage-Ergebnisse zu 52 ARD-Programmen in der Media Analyse berücksichtigt. Die bundesweit deutlich über 200 Privatsender erreichen mit ihren Programmen täglich ca. 33,64 Millionen Hörerinnen und Hörer - kommen dabei auf eine Tagesreichweite von 45,8 Prozent.

Wolfgang Schmitz, Vorsitzender der ARD-Hörfunk-Kommission und WDR-Hörfunkdirektor: „Entgegen mancher Befürchtungen ist die Radionutzung weiter gestiegen - auch bei den Jüngeren.“ Weiterhin sehr erfolgreich sind die ARD-Sender bei den jüngeren Hörerinnen und Hörern. Unter den TOP 10 der bei den unter 30-Jährigen meistgenutzten Radioprogrammen ist die ARD mit fünf Programmen vertreten. ARD-Vorsitzende Monika Piel: „Für uns in der ARD sind nicht nur Zahlen ausschlaggebend, sondern besonders auch die Relevanz von Themen und Sendungen; Qualität und Quote sind deshalb wichtig - und dürfen sich nicht ausschließen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich besonders, dass auch das Interesse der jungen Hörerinnen und Hörer an unseren Programmen weiterhin auf hohem Niveau liegt.“ Auch die Kultur- und Informationsprogramme der ARD werden gut angenommen und stoßen auf großes Interesse. 5,49 Millionen Menschen schalten täglich mindestens eines der öffentlich-rechtlichen Kultur- und Informationsprogramme ein. 24,3 Prozent oder 17,86 Millionen Hörerinnen und Hörer haben innerhalb von 14 Tagen ein solches Programm gehört.

Die Radionutzung wird seit Anfang 2010 auf Basis der deutschsprachigen Bevölkerung ab 10 Jahren ermittelt. Grundlage der aktuellen Studie sind über 64.000 Interviews, die von fünf unabhängigen Marktforschungsinstituten durchgeführt wurden. Die Erhebungszeiträume für die Media Analyse Radio 2012/I waren vom 2. Januar 2011 bis 17. April 2011 und vom 4. September bis 18. Dezember 2011.

Ältere Moderatorinnen: Piel wehrt sich gegen Vorwürfe

Den von einer Düsseldorfer Tageszeitung erhobenen Vorwurf, der WDR diskriminiere Moderatorinnen wegen ihres Alters, hat Intendantin Monika Piel Anfang März zurückgewiesen: „Als 60jährige Frau an der Spitze des WDR stehe ich dafür, dass keine Frau mit der Begründung ‚zu alt‘ vom Bildschirm genommen wird. Dies ist für mich seit meinem Amtsantritt selbstverständlich.“ Ausgerechnet dem WDR einen solchen Vorwurf zu machen, sei absurd. Piel: „Im WDR Fernsehen stehen eine ganze Reihe von Moderatorinnen über 50 Jahren erfolgreich vor der Kamera. Dies wird auch in Zukunft so sein. Darüber hinaus sind bei uns 31 Prozent aller Führungskräfte weiblich. Die sechsköpfige Geschäftsleitung ist sogar zur Hälfte mit Frauen besetzt.“ Die medienpolitische Sprecherin der CDU im Landtag, Andrea Verpoorten, hatte dem WDR „Jugendwahn“ vorgeworfen und das „Kameraverbot“ kritisiert.

Piel kritisierte, dass die Politikerin sich vor ihrer öffentlichen Erklärung nicht beim WDR erkundigt habe: „Die Forderung, Entscheidungen rückgängig zu machen, wäre dann überflüssig gewesen.“ Allein in den Sendungen des Regionalprogrammes wie Lokalzeit, Aktuelle Stunde und WDRaktuell seien 51 Moderatorinnen und Moderatoren im Einsatz. 15 von ihnen sind zwischen 41 und 45 Jahre alt. Sieben Moderatorinnen sind älter, vier von ihnen über 50. 19 Männer und Frauen sind jünger als 40 Jahre, die meisten in dieser Gruppe sind zwischen 36 und 40 Jahren alt, zwei Moderatorinnen sind jünger als 30 Jahre. Fällt die Entscheidung für ein „neues Gesicht“, mache sich dies der Sender nicht leicht. Keinesfalls werde einfach „aussortiert“. Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wüssten, dass ihre Tätigkeit aus programmlichen Gründen beendet werden könne, und sie verdienten deshalb - in Relation gesetzt - in der Regel mehr als ihre fest angestellten Kollegen. Langjährige freiberufliche Moderatorinnen und Moderatoren würden Monate im Voraus in persönlichen Gesprächen informiert, wenn die Moderationstätigkeit aus programmlichen Gründen beendet werden soll. Ihnen würden in der Regel alternative Beschäftigungsmöglichkeiten als Reporterin oder Autorin angeboten. Bei längerer Beschäftigung haben sie zudem einen tarifvertraglichen Anspruch auf eine Abfindung, die bis zu einem hohen fünfstelligen Betrag gehen könne.

Radioretter gegen Kulturwellenreform

Gegen die bei der Kulturwelle WDR 3 geplante Programmreform hat sich mit der „Initiative für Kultur im Rundfunk“ breiter Widerstand formiert. Unter dem Namen „Die Radioretter“ haben der Philosophieprofessor Hans-Joachim Lenger und der Journalist Lothar Fend mittlerweile rund 16.000 Unterschriften für einen offenen Brief gesammelt, der geplante und vorhergehende programmliche und organisatorische Veränderungen kritisiert.

Mehr dazu unter:
www.die-radioretter.de

Auch die Fachgruppe Medien in ver.di sowie der ver.di Senderverband im WDR unterstützen die Initiative. Die Mitglieder der Fachgruppe seien „sehr besorgt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zunehmend seinen gesellschaftspolitischen und kulturellen Auftrag nicht mehr erfüllt. Die geplanten Reformen auf WDR 3 bedeuten radikale Einschnitte im Kultur-Programm des Senders, der nach der BBC immerhin der größte Europas ist. Wir fordern deshalb die Intendantin und den Hörfunkdirektor auf, diese Pläne zurückzunehmen“, heißt es in einem Schreiben. Ver.di NRW meint: „Die Reform würde das Angebot von WDR 3 zusätzlich schwächen, nachdem es bereits in vielen vergangenen Jahren reduziert, inhaltlich gekürzt und entleert wurde.“ Es werde befürchtet, dass die geplanten Reformen mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen festangestellter und freiberuflicher WDR-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter einhergehen dürften.

Die WDR-Führung setzte sich gegen die Vorwürfe zur Wehr. Hörfunkdirektor Wolfgang Schmitz verwies darauf, dass sich durch „die organisatorischen Änderungen nichts am Status der verantwortlichen RedakteurInnen ändern wird....Wenn WDR 3 auch in Zukunft als Medium und Faktor des kulturellen Geschehens Relevanz behalten und womöglich noch steigern will, wird es sich einstellen müssen auf geänderte Mediennutzungsgewohnheiten auch des kulturaffinen Publikums. Radio, auch Kulturradio ist Alltagsmedium. Dieser Alltag wandelt sich mit großer Dynamik. Wir definieren dessen Bedingungen nicht – wenn wir sie aber ignorieren, hat anspruchsvolles Kulturradio keine Chance.“ Inzwischen hat der Programmausschuss des Rundfunkrats beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die in Zusammenarbeit mit der Hörfunkdirektion die nächste Sitzung zur Reform vorbereiten soll.



Bellut: Deutliche Modernisierung des Programms

Im Rahmen einer strategischen Programmoffensive soll das Hauptprogramm des ZDF deutlich modernisiert werden. Das kündigte ZDF-Intendant Thomas Bellut in seiner Antrittserklärung Mitte März vor dem Fernsehrat in Mainz an: „Die Zielgruppe des ZDF ist die ganze Gesellschaft. Deshalb müssen wir mit unserem Programm verstärkt jüngere Zuschauer erreichen. Die Erfolge der Digitalkanäle und Onlineangebote reichen dafür allein nicht aus. Es wird keine krampfhaften Verjüngungsversuche geben, sondern eine konsequente Modernisierung, die alle Altersgruppen anspricht. Wir werden auch das Programmschema überprüfen und in kleinen Schritten optimieren.“ Im Qualitätswettbewerb messe sich das ZDF an der ARD. „Wir konkurrieren um die besten Nachrichtensendungen, die besten

Dokumentationen, die besten Fernsehfilme, die besten Unterhaltungssendungen und vieles mehr. Mit seiner zentralen Organisation und der damit verbundenen großen Flexibilität hat das ZDF als der nationale Sender den Anspruch, im Qualitätswettbewerb die Nummer eins im deutschen Fernsehen zu sein“, sagte Bellut.

An die ARD appellierte der neue Intendant im Sinne der Zuschauer mehr Bereitschaft zur gegenseitigen Abstimmung zu zeigen. Vor Journalisten kündigte Bellut den Verzicht des ZDF auf die-Übertragung des diesjährigen Silvesterkonzertes aus Dresden an. Stattdessen gebe es am 30. Dezember eine Konzertübertragung. „Damit gehe ich in die Vorleistung, um auch hier den Streit zu beenden und ab dem kommenden Jahr eine jährlich abwechselnde Übertragung der Silvesterkonzerte möglich zu machen. Und das, obwohl die ARD ihr Konzert direkt gegen die jahrzehntelang etablierte Konzertübertragung im ZDF programmiert hat.“ Außerdem liege ein auf Ebene der Chefredakteure ausgearbeiteter Vorschlag für eine klare Regelung zur Vermeidung von Doppelübertragungen royalen Ereignisse vor, dem die ARD nur noch zustimmen müsse.

Zu den anstehenden Einsparungen im Personalbereich erklärte Bellut: „Das ZDF ist mit seiner erfolgreichen Digitalstrategie im Wettbewerb der TV-Anbieter gut aufgestellt. Aber wir haben Hausaufgaben zu machen. Ich werde mit der Geschäftsleitung in den nächsten Wochen einen Personalentwicklungsplan erarbeiten, über den ich dann mit der KEF ins Gespräch kommen will. Die Einsparungen werden das ganze Unternehmen und alle Beschäftigungsformen betreffen, und sie werden nicht ohne Konsequenzen für das ZDF-Angebot bleiben. Ohne die Einstellung eigenproduzierter Sendungen etwa wird das nicht gehen.“ Die bevorstehenden Entwicklungen im Rahmen der Modernisierung des Programms, der Schemaentwicklung und der Sparvorschläge werde er in enger Abstimmung mit den Gremien vornehmen.

SPD und Grüne: Presse-Grosso gesetzlich verankern

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben die Bundesregierung Anfang März in einem Antrag aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern eine gesetzliche Verankerung des neutralen Presse-Grossos sicherzustellen, um die Pressevielfalt an der Ladentheke dauerhaft zu gewährleisten. Nach den Entscheidungen des Bundesgerichtshofes und des Landgerichtes Köln sei der

Erhalt des neutralen Pressevertriebssystems Presse-Grosso akut gefährdet. „Grundvoraussetzung für die Sicherung der Vielfalt unserer Presse- und Medienlandschaft ist neben den gesetzlichen Vorgaben eine funktionierende, flächendeckende und diskriminierungsfreie Vertriebsstruktur für Presseerzeugnisse. Zeitungen und Zeitschriften sind keine Ware wie jede andere, sondern Kulturgüter. Die Presse hat in unserer demokratischen Gesellschaft einen wesentlichen Anteil an der politischen Willensbildung,“ heißt es in einer Mitteilung. Aus der Vielfalt eines neutral bereit gestellten Angebots wählen zu können, sei zudem eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Kaufentscheidung von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Aus diesem Grund fordern SPD und Grüne, dass im Rahmen der anstehenden Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ein gesetzlicher Rahmen für das neutrale Vertriebssystem Presse-Grosso geschaffen und eine Regelung eingefügt werden soll, die den Grossisten das zentrale Aushandeln von Handelsspannen durch ihren Berufsverband ermöglicht. Auch nach den Beschlüssen des Koalitionsausschusses sei eine derartige gesetzliche Verankerung im GWB nicht vorgesehen und entsprechende Ankündigungen der Bundeskanzlerin blieben bislang folgenlos. Nur durch eine solche gesetzliche Verankerung des Systems des Presse-Grossos könne das neutrale Pressevertriebssystem dauerhaft erhalten und somit die Presse- und Meinungsfreiheit und Medienvielfalt gestärkt werden.



Medienlinks

VOCER - Debattenportal zur Medienkritik

Das Non-Profit-Portal VOCER hat nach viermonatiger Testphase offiziell seinen Betrieb aufgenommen. „VOCER ist das erste journalistische Internet-Projekt in Deutschland, das sich ausschließlich durch Spenden trägt“, heißt es in einer Mitteilung. „VOCER begleitet die digitale Medienrevolution und analysiert kritisch die damit verbundenen sozialen und kulturellen Folgen“, sagt Stephan Weichert, Journalistik-Professor an der privaten Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation (MHMK) in Hamburg sowie Initiator und Gründungsherausgeber, zum offiziellen Startschuss des Debattenforums zur Medienkritik mit Sitz in Hamburg und München. Herausgegeben wird VOCER vom gemeinnützigen Verein für Medien- und Journalismuskritik (VfMJ), der sich für die Vernetzung von Medienkritik und die journalistische Nachwuchsförderung engagiert.

www.vocer.org

Zum aktiven Herausbergremium gehören neben Weichert außerdem Alexander von Streit, neuer Chefredakteur des Technologiema­gazines Wired, der Medienforscher Leif Kramp (Universität Bremen), der innenpolitische NDR-Redakteur Robert Bongen, Iris Ockenfels, Redakteurin des NDR-Medienmagazins Zapp, und die in Seattle lebende Medienjournalistin Ulrike Langer. „VOCER ist nicht nur aktuelles Forum für Medienkritik, sondern auch journalistischer Think Tank“, sagt von Streit: Mit dem neu gegründeten VOCER Medialab wollten Herausgeber und Redaktion Innovationen des Handwerks gleich selbst erproben. Auf der Webseite finden sich Beiträge namhafter Autoren wie Süddeutsche.de-Chef Stefan Plö­chinger, Jörg Sadrozinski, Leiter Deutschen Journalistenschule, Spiegel-Online-Ressortleiter Christian Stöcker und Jetzt.de-Redaktionsleiter Dirk von Gehlen. Zu den Kolumnisten gehört u.a. der ehemalige NDR-Chefreporter Christoph Lüt­gert. Gefördert wird VOCER bislang von mehreren großen Stiftungen, der Bundeszentrale für Politische Bildung sowie von privaten Spendern: „Sie ermöglichen es uns, eine von wirtschaftlichen, medien- und verbandspolitischen Interessen vollkommen unabhängige Berichterstattung über Medien zu leisten“, sagt Mitherausgeber Bongen.

ROG-Webseite zum Eurovision Song Contest

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat zum Eurovision Song Contest eine Internetseite freigeschaltet. Die Seite informiert über die Lage der Medien in Aserbaid­schan. Sie lässt Journalistinnen und Journalisten zu Wort kommen, die vor Ort für ihr Recht auf Meinungsfreiheit kämpfen, und gibt einen Überblick über Einschränkungen der Pressefreiheit in Aserbaid­schan in den vergangenen Jahren. Deutsche Journalisten erhalten Hinweise zu Einreisebestimmungen und Visaverfahren.

www.freiheit-fuer-baku.de

Lesetipp

Digitale Demokratie

Mit der „Digitalen Demokratie“ befasst sich die Mitte Februar erschienene Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Apuz). Darin geht es um Fragen des demokratischen Netzes ebenso wie um die Governance im digitalen Raum und die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem. Zu bestellen ist das Heft über die Bundeszentrale für politische Bildung.

Infos und Bestellung:
<http://tinyurl.com/c4cp8fu>

Veranstaltungen

Weiberfilme, Süßholz und Star-TV: Verdrängt das Seichte das Dokumentarische?

Mainzer Mediendisput in Kooperation mit der AGDOK

18. April 2012, 19.00 Uhr
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Anmeldung:
veranstaltungen@lv.rlp.de

Es geht um dokumentarisches Erzählen in allen Spielarten. Die Erklärungskraft, die Sinnstiftung und der ästhetisch-politische Erkenntnisgewinn des dokumentarischen Genres im Film und Fernsehen ist eigentlich bei den Autoren, beim Publikum und den Programmverantwortlichen unbestritten. Trotz dieses Bedeutungs-Konsenses werden die Sendeplätze am „Programmrand in der Nacht“ immer karger, die finanzielle Ausstattung der Dokumentaristen und kreativer Regisseure immer schmaler und die Wertschätzung wertvoller Filme immer geringer. Im Zweifel schlagen „Elefanten-Trillinge“ die bilanzsichere Dokumentation über die Macht der Zocker mit ihren Leerverkäufen an der Börse. Wie ist diese Kluft zwischen gesellschafts-politischer Relevanz und faktischer Vernachlässigung zu erklären? Warum ist die scheinbar selbstverständliche Bereitschaft zur Finanzierung von so genannten „Weiberfilmen“ (Ex-ARD-Programmdirektor Günter Struve) zur besten Sendezeit, „Süßholz-Produktionen“, (Ranking)-Shows und hochdotierten, Star-produzierten Talk-Shows, astronomisch hohen Sport- und Boxrechten, so groß? Sind die Produzenten gezwungen, ihre Stoffe und Protagonisten immer konsumierbarer zu „konfektionieren“, um zu überleben und neue Aufträge zu generieren? Was ist heute –auch in Spielfilmen – „gesellschaftlich relevant“ und was ist „Zucker für die Masse“? Gibt es einen Ausweg aus diesem Trend und der „Umkehr der Wichtigkeiten“? Können Budgets künftig umgeschichtet werden? Ist Kreativität, Innovation und stilistische Risikobereitschaft (unbedingt) an opulente Etats gebunden? Wie könnte eine nachhaltige Filmförderung und eine sachgerechte Nutzung der Programm-Budgets aussehen? Über diese und andere Fragen rund um die Bedeutung des Dokumentarischen und die Chancen von fiktionalen Programmen, die harte Realität nicht ausblenden, soll während des MainzerMedienDisputs in Berlin gestritten werden.

Stuttgarter Medienkongress

14. Mai 2012
GENO-Haus Stuttgart
Heilbronner Str. 41
70191 Stuttgart

Der Kongress beschäftigt sich mit dem Freizeitverhalten und den Medienwelten der jungen Menschen. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Marketing und Medien liefern aktuelle Beispiele zum Kommunikationsverhalten und den Trends bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Anmeldung und Infos:

www.stuttgarter-medienkongress.de

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:

Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644

SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:

www.dgb.de/service/newsletter